

Bezugspreis: Vierteljährlich 10,50 RM, monatlich 3,50 RM...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kontrapresse...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 20. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Knechtung der Rheinlande.

Noch ist der Friede nicht ratifiziert, aber schon steht fest, daß die besetzten Gebiete Westdeutschlands auch nach dem Friedensschluß von den Besatzungsbehörden keine Erleichterung zu erwarten haben.

In Zukunft wird die höchste Gewalt im Rheinlande von der interalliierten Rheinlandkommission unter dem Vorsitz des französischen Tirard, die ihren Sitz in Koblenz hat, ausgeübt werden.

Alle deutschen Behörden und alle Personen im besetzten Gebiete müssen den Befehlen — so lautet die Sprache der gepriesenen westeuropäischen Demokratie — der fremden Militärbehörden in Ausübung ihrer Befugnisse und Vollmachten gehorchen.

Die Annahme, die der Militarismus der Entente nach dem Friedensschluß den deutschen Rheinländern zu bieten mag, steht kaum der nach, der der nun niedergeschlagene deutsche Militarismus während des Kriegszustandes der Zivilbevölkerung befehlter Länder zeigte.

Jede Person, deren Worte, Gebärden oder Haltung mit Bezug auf Mitglieder der Hohen Kommission oder ihr zugeteilte Truppen, oder mit Bezug auf die Besatzungsstruppen oder irgend ein militärisches Emblem der Alliierten und Affilierten, sich als beleidigend oder unschicklich kennzeichnen, vertritt die Strafen, welche zur Durchführung der Bestimmungen der Hohen Kommission vorsehen sind.

Ganz in diesem Geiste militaristischer Gottähnlichkeit ist die Forderung, daß alle deutschen uniformierten Beamten einschließlich der Polizei, der Feuerwehreinheiten, der Post- und der Forstbeamten die Fahnen und die Offiziers der Entente zu grüßen haben.

Für den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland wird der Postverkehr aufrechterhalten. Auch im besetzten Gebiete selbst muß jede Person über 14 Jahre mit einer Ausweiskarte versehen sein.

Attentat auf French.

Eine Erklärung im Unterhaus.

Gobas bringt folgende Meldung aus London: Die Angreifer Lord French waren 15 bis 20 Mann. Um seinem Automobil den Weg zu versperren, hatten sie einen Wagen in die Mitte der Straße gestellt.

Admiral Keuter an Lloyd George.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht eine Note des Admirals Keuter an Lloyd George, in der Keuter die Verschleppung von Seava Flaw zu rechtfertigen versucht.

sendungen wird nach Anweisung der Hohen Kommission verfahren.

Auch die Presse wird geknebelt. Die Hohen Kommission behält sich das Verbot von Zeitungen, Schriften und sonstigen Veröffentlichungen, Drucksaaten und Reproduktionen, von Bildern, Musiknoten, von Filmen vor.

Politische Versammlungen müssen 48 Stunden vor dem anberaumten Termin angezeigt werden. Die Anzeige hat den Gegenstand der Versammlung und die Liste der Veranstalter zu enthalten.

Das Streikrecht der Arbeiter wird vernichtet. In keinem lebenswichtigen Betriebe darf gestreikt werden, ehe nicht alle Einigungsmöglichkeiten und Schlichtungsverfahren erschöpft sind.

Zahlreiche Bestimmungen bedrohen nicht nur die Arbeiterklasse, sondern alle Schichten der Bevölkerung und werden überall im Rheinlande die Stimmung entsprechend beeinflussen.

Die Blamage der Rechten.

Die Blamage, die sich die Rechte in der letzten Sitzung der Nationalversammlung zuzog, ist so offenkundig, daß selbst ein Teil ihrer eigenen Presse es für nötig hält, sie einfach zuzugeben.

Die Rechte hat in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung eine taktische Niederlage erlitten; davon kann

und verpflichtet, in solchem Falle selbständig zu handeln. Als Nachrichtenquelle hätten ihm nur die englischen Zeitungen zur Verfügung gestanden, denen er entnahm, daß sicher mit einer Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge gerechnet werden müsse.

Die Dienstpflicht in Frankreich.

Laut Pariser „Gclair“ haben die zuständigen Kommissionen der Regierung einen Entwurf vorgelegt, der die Dauer des Militärdienstes auf zwei Jahre festsetzt.

Wer denkt nicht an die Zeiten, als in Frankreich der Kampf um die Dienstpflicht tobte, der mit dem Sieg der dreijährigen Dienstpflicht endete?

kein Zweifel sein. Man läßt ihr keinen Gefallen, wenn man das verschwiege; zumal die Niederlage zum guten Teil auf die eigene Schuld der Rechten zurückzuführen ist.

Ähnlich äußert sich die „Tägliche Rundschau“: Die Rechte, die in Fragen der parlamentarischen Taktik ihren Gegnern allerdings beschämend unterlegen ist, bringt nicht einmal die 50 Stimmen auf, die zu dem Antrag auf Besprechung nötig sind.

Daß sich die Rechte, wie gewöhnlich, der Unterstützung der Unabhängigen erfreute und daß es ihr selbst mit dieser nicht gelang, die zur Besprechung ihrer Interpellationen notwendige Stimmzahl zusammenzubekommen, wird dabei noch wohlweislich verschwiegen.

Daß das Verhältnis zwischen den beiden Rechtenparteien nicht allenthalben ein brüderliches ist, zeigt ein Artikel der „Kreuzzeitung“ aus Schlesien. Es wird darin darüber geklagt, daß die Deutsche Volkspartei in diese deutschnationale Domäne einzudringen veruche und daß sie sich dabei, wie's trifft, bald republikanisch, bald monarchistisch aufspiele.

Es bleibt danach die traurige Tatsache bestehen, daß durch die Schuld der schlesischen Führer der Deutschen Volkspartei ein offener Bruch zwischen den beiden Rechtenparteien, die wahrlich allen Grund zum Zusammenhalten hätten, eingetreten ist.

Es ist kein Wunder, daß die Deutsche Volkspartei, entsprechend ihrer Abstammung, den nationalliberalen Laubfroschcharakter nicht abstreifen kann.

Heimkriegers Klage.

Herrn Fuhrmann hat es sehr wehe getan, daß wir ihn gelegentlich einer seiner Schimpfreden gegen die jetzige Regierung und die angeblich Schuldigen am Kriegsverlust als einen der Männer charakterisierten, die selber reichlich zum Verlust des Krieges beigetragen haben.





